

Der Kampf um Gerechtigkeit im Wirtschaftsleben

Autor(en): **Müller, Hans**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **27 (1935)**

Heft 5

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-352754>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

finanziell immer noch leichter tragbar ist, den durch die Krise besonders bedrohten Wirtschaftszweigen direkt beizuspringen mit den mannigfachen Mitteln, die zur Verfügung stehen und die wir in verschiedenen Eingaben genannt haben, anstatt den zeitraubenden, am Ende doch zum Misserfolg verurteilten Weg der indirekten Hilfe durch allgemeinen Abbau und Herabsetzung der Lebenshaltung zu gehen.

Wir verstehen die Initiative auch nicht als einseitige Aufforderung zum Geldausgeben. Am Geldausgeben hat es bisher im ganzen nicht gefehlt. Wohl aber oft genug am volkswirtschaftlichen Resultat der Opfer. Diese könnten besser gestaltet werden, wenn dem Bund noch andere Mittel an die Hand gegeben würden, Ordnung zu schaffen, als nur das, guten Willen mit Subventionen zu erkaufen. Weil das die Initiative will, gerade darum stimmen wir ihr mit besonderem Nachdruck zu, ohne behaupten zu wollen, dass nicht angesichts der Schwere der Aufgabe noch zusätzliche Mittel nötig sind. Aber diese können bei gutem Willen aufgebracht werden.

Uebrigens ist die Kampfplage heute so, dass es weniger mehr darauf ankommt, ob im Initiativtext jedes I-Pünktchen, jedes Komma und jeder Punkt an seinem rechten Ort, jedes Wort fein genug gedrechselt ist. Die Gegner gehen so massiv ins Zeug, dass wir damit wieder zum Ausgangspunkt zurückkommen, von dem aus auch die schweizerische Angestelltenschaft in die breite Abwehrfront aller Arbeitnehmer gestartet ist: in den Brennpunkt eines gigantischen Kampfes zwischen Kapitalanspruch und Arbeit, in die Verteidigungslinie gegen eine Wirtschaftsauffassung, die bisher schon den Lohnerwerbenden zu sehr nur als Objekt der Wirtschaft, nicht aber als beseelten Mitträger und mitspracheberechtigten Mitarbeiter angesehen hat. Diese Erkenntnis allein genügt, unentwegt fest zur Initiative zu halten und mit Entschlossenheit für ihren Sieg einzustehen.

Der Kampf um Gerechtigkeit im Wirtschaftsleben.

Von Dr. Hans Müller.
Leiter der Schweiz. Bauernheimatbewegung.

Der nachstehende Artikel ist die gekürzte Wiedergabe eines Vortrages auf Grund der Berichterstattung im « Oberland ».

« Jungbauer sein, ist in der letzten Zeit keine leichte Sache », begann Nationalrat Dr. Müller, « eine Flut von Verunglimpfungen ist über mich und meine Kameraden ausgeschüttet worden. An allem, was schief gegangen ist, sollen wir die Schuld tragen ».

Es geht heute um die Zukunft und die Existenz der jungen Generation. Es ist ein Gegensatz zwischen Teilen der jungen und der alten Generation. Sie suchen nicht den gleichen Weg. Die Alten haben vielfach das Ihre am Schermen (bei den «Alten» sind auch solche jung an Jahren) und ihre Sorge geht um das am Schermen. Die Jungen aber, die über keine Reserven verfügen, die nichts als ihre gesunde Arbeitskraft, ihren Willen zur Arbeit haben, sie kämpfen um ihre Existenz.

Als Bundesrat Musy vor wenigen Jahren die Deflation verlangte und die Rückkehr zur Einfachheit unserer Altvordern und erklärte, dass dies Opfer fordere, da hat man noch nicht verstanden, was zu opfern sei. Heute können wir es Bundesrat Musy sagen, welches die Opfer sind, die 10,000 von Bauernfamilien in unseren Emmentaler Krächen, in euren Oberländer Tälern gebracht haben. Der gleiche unglückliche Prozess dauert weiter an und reisst viele kleine Gewerbetreibende mit sich. Nach Bundesrat Musy kam Bundesrat Pilet-Golaz und erklärte am Comptoir Suisse, dass das Kontingentierungsverfahren in den Dienst des Abbaus gestellt werden müsse, und endlich propagierte Bundesrat Schulthess in seiner Aarauer Rede mit den angekündigten weitem 20 Prozent Abbau das Programm unserer eidgenössischen Abbauer, der Herren vom Handels- und Industrieverein. Und jetzt endlich sind dem Volk nicht nur Schuppen, sondern direkt Ziegelsteine von den Augen gefallen.

Begründet hat Bundesrat Schulthess seine Abbauforderung mit der zwingenden Notwendigkeit der Erhaltung des Exportes. Und von der gleichen Seite wird über die Gründe des Rückganges unseres Exportes geschrieben, das Ausland könne wegen der Verarmung weiter Schichten des Mittelstandes uns nichts mehr abkaufen. Genau das gleiche heilsame Rezept, das dem Ausland nicht mehr erlaubt, unsere Exportwaren abzunehmen, wird nun im Inland empfohlen, so dass unsere Inlandskaufkraft durch die Verarmung des Mittelstandes auch in unserem Lande geschwächt wird, so dass wir auch im Inland nichts mehr verkaufen können!

Es sei die Ueberproduktion die Ursache der Weltkrise, heisst es. Dem ist die Tatsache entgegenzuhalten, dass Weizen verbrannt und Lebensmittel vernichtet werden, während daneben Hunderttausende von Menschen den Hungertod finden. «Ist das Ueberproduktion? Wir selber haben im Lande Ueberproduktion an Milch und Anken und Käse, wir können nichts mehr davon exportieren. Und da sollte der Ausweg aus der Absatzkrise sein: unsere Kaufkraft im Inland weiter zerstören, damit wir das, was wir nicht mehr exportieren können, auch im Inland nicht mehr zu essen vermögen!»

Oder dann heisst es: «Ihr Bauern seid selber schuld an der Krise, warum melkt ihr soviel, wenn schon die Preise sinken.» Zur Antwort ein kleines Rechenexempel: Von einer

Hypothek von 50,000 Franken betrug der Zins vor 14 Jahren zu 5 % 2500 Franken. Damals mussten 7000 Liter Milch in die Käserei geliefert werden, um diesen Betrag aufzubringen. Heute beträgt der Zins für die gleiche Schuld zu 4½ % 2250 Franken, um sie zu zahlen, müssen aber nicht mehr 7000, sondern 12,500 Liter Milch in die Käserei geliefert werden. Und da sollen wir weniger melken! Das aber erklären wir des Bestimmtesten: jede Produktionsregelung und Kontingentierung darf nur eines zur Folge haben: die Preise zu erhöhen. Nur dann kann unsern Bauern geholfen werden.

Staatsbankrotteure nennt man uns Anhänger der Kriseninitiative. Zum Staatsbankrott führen nicht wir, sondern die Abbaupolitiker. Im Interesse der Staatsfinanzen müssen wir Schluss machen mit der Abbaupolitik. Der Staat zieht seine Finanzen aus der Wirtschaft. Mit der Abbaupolitik zerstören wir die Wirtschaft, und die erste Folge für den Staat wird sein: weniger Einnahmen und vermehrte Ausgaben.

Wir seien für Währungsexperimente? Wir haben ein Währungsexperiment hinter uns von ungeheuerlichem Ausmass: der Abbau hat unsere Schulden aufgewertet. Schon die Abbauparole allein ist Krisenursache und verschärft die Krise. Trotzdem gibt es Gewerbeführer, die mit « Ueberzeugung » gegen die Kriseninitiative auftreten, weil sie ein marxistisches Machwerk sei. Und warum soll sie ein marxistisches Machwerk sein? Weil sie nichts anderes will, als dass der Staat unsere Wirtschaft so beeinflusse, dass sie nicht den Interessen einzelner Grosser, sondern dem Wohl der Gesamtheit diene. Und das wird als « marxistisches Machwerk » verschrien. Wenn heute in der Stadt Zürich die Hälfte des versteuerten Vermögens einem halben Prozent der Steuerzahler gehört, so zeigt das die ungeheuerliche Konzentration des Kapitals und der Kapitalmacht in wenigen Händen.

Wir bekämen doch Subventionen, heisst es weiter. Ja, aber wir erklären, die Subventionswirtschaft, so sehr wir heute darauf angewiesen sind, ist niemals der Weg, auf dem der Landwirtschaft auf die Dauer geholfen werden kann. Darum kämpfen wir, dass der Bauer einmal nicht mehr auf die Hilfe aus Bern angewiesen ist.

Wir höhlen den Staat aus! so können wir weiter hören. Es ist kein Leichtsinns, sondern wohl- und bis ans Ende durchdacht, wenn wir Jungbauern uns zur Kriseninitiative stellen. Denn auf die Frage: « Kann der Staat die zugemutete Last tragen? » antworten wir mit einer Gegenfrage: Ist das Volk, das beim Kreugerkrach 250 Millionen verloren hat, das in Deutschland in der ersten Inflation eine Milliarde verlor, das Jahr für Jahr in den letzten zehn Jahren wohl gegen 600 Millionen ins Ausland brachte (damit das Angebot an Kapital im Inland nicht zu gross und der Zinsfuss ja nicht zu klein werde), ist das Volk, das 700—800 Millionen in Banknoten und über 900 Millionen in Goldbarren ge-

hamstert hat, nicht imstande, den Milchpreis zu halten, seinen Bauern und Gewerblern die Existenzgrundlage sichern zu helfen?

Deflation ist nicht der Weg zur Stützung der Exportindustrie, sie schadet ihr nur. In den deflationistischen Ländern ist der Export am meisten zurückgegangen. Nicht vom Preis hängt es ab, denn das Ausland will unsere Waren um keinen Preis, weil es seinen Völkern selber Arbeit schaffen muss. Mit Preisabbau ist dem Export nicht zu helfen, der Hotellerie auch nicht, solange wir 20 bis 40 Prozent Wechselkursdifferenzen haben, die mit keinem Preisabbau übersprungen werden können.

Wir sollen uns anpassen an das Niveau des Weltmarktes. Wo ist das Weltmarktniveau? In Amerika, in Südslawien oder in Japan? Nirgends, denn das «Weltmarktniveau» existiert nicht mehr.

Wenn das Volkswirtschaftsdepartement zur Begründung seiner Deflationspolitik die Notwendigkeit der Exportförderung ins Feld schickt, so zeigt das gleiche Departement, was ihm noch darüber geht durch seine Warnung an die Exporteure, nicht zuviel nach Deutschland zu exportieren. Wie sollen wir das verstehen? Auf der einen Seite heisst es: Herab mit den Preisen zur Förderung des Exportes, auf der andern Seite: Ja nicht zuviel exportieren? Wenn man aber dem scheinbaren Widerspruch auf den Grund geht, zeigt sich folgendes: In Deutschland liegen Milliarden. Deutschland lässt aber nur ein gewisses Kontingent an Geld aus dem Lande nach der Schweiz abfliessen, einen Teil für die Verzinsung, den anderen für den Kauf von Waren. Exportieren wir nun zuviel Waren nach Deutschland, so bleibt für die Verzinsung des draussen liegenden Kapitals zu wenig übrig! Nicht unsere Exportarbeit, sondern die Zinsen der festgefrorenen Kapitalien sind es, um die es hier zuerst geht. Blitzlichtartig wird hier der tiefste Sinn der Deflationspolitik beleuchtet:

den Kapitalertrag zu sichern, auch wenn es auf Kosten der lebendigen Arbeit geht.

Darum rufen wir: Schluss mit dieser Unheilpolitik, die nur auf einen kleinen Teil der Bevölkerung eingestellt ist!

Setzen wir dem Kapital die lebendige Arbeit voran, die das Volk und nicht eine ganz kleine Klasse leistet!

Niemals haben die Bundesräte Musy, Pilet-Golaz, oder Schultess in ihren berühmten Reden von einer Ausdehnung der Deflation auch auf den Zins nur ein Wort gesprochen.

Der Zinsfuss sei ja tiefer als vor dem Krieg heisst es. Aber darauf kommt es ja nicht an, sondern auf das, was der Bauer aus der Nachkriegsgeneration verkaufen muss, um den Zins zu zahlen.

Mit dem Schluss der Deflationspolitik ist noch nichts Positives gewonnen, aber wir bekommen festen Boden unter die Fü s s e, und können daran gehen, das riesige Unrecht, das durch die Deflation weitesten Kreisen zugefügt wurde, wieder langsam abzutragen.

Es ist ein eidgenössischer Skandal erster Güte, dass mit der Entschuldungsaktion, die vor sieben Jahren verlangt und grundsätzlich versprochen war, nur in den Wahljahren (auch heute wieder stehen die Nationalratswahlen vor der Türe) das Volk geködert wurde, dass aber gar nichts, rein gar nichts getan wurde, um sie in die Wirklichkeit umzusetzen. Wir wissen, was wir von Versprechungen zu halten haben.

Wir hätten die Bauernhilfskassen, ruft man uns zu. Wer hat denn die grössten Lasten der Sanierung getragen? Die Bürger und die kleinen Gewerbetreibenden, die selber schwer genug zu tragen haben. Das Ueberwälzen der Last von einer Schulter auf die andere, ist keine Entlastung.

Endlich die Frage: Warum sind gewisse Gewerbe- und Bauernführer gegen die Kriseninitiative? Die Lösung ist einfach. Wenn das, was im Kassenschrank liegt, gewichtiger ist, als das, was aus dem Acker erworben, erarbeitet wird, richtet sich der Blick nach der Richtung des Kapitalertrags oder des Ertrages der lebendigen Arbeit? Da liegt die Lösung für manchen Zweifel.

Dringen wir bis zum Schluss vor in die Einwände, die der Kriseninitiative entgegengehalten werden: Denken wir an den kleinen Sparer, den berühmten «kleinen Sparer». — Warum nimmt sich heute das grosse Kapital des kleinen Sparers so rührend an? Weil die Annahme der Kriseninitiative lange vor dem kleinen Sparer diejenigen trifft, die sich heute für ihn wehren, die als Bankdirektoren sich berufen lassen, wenn ihnen gegen 100,000 Franken Gehalt zur Verfügung steht (als ob es das Bundesratsgehalt nicht füglich getan hätte).

Wir gefährden den Schweizerfranken? Das ist nicht wahr. Wir kennen ganz besonders eine grosse Gefahr für den Schweizerfranken, die dann eintritt, wenn die Abbauerei alle hinteren Hypotheken entwertet haben wird, dann wird mit dem Schweizer Bauer auch der Schweizer Franken zusammenbrechen. Dann werden nicht die grossen Herren den Verlust tragen, dann trägt zuerst der kleine Sparer den Schaden, für den sie sich heute so vorsorglich zu wehren vorgeben. Das zu verhindern, ist eine der Aufgaben der Kriseninitiative.

Das Zusammengehen mit den «Roten» macht man den Jungbauern zum Vorwurf. — Meine Mutter hat mich als Buben gelehrt, auch im Arbeiter unsern Bruder zu sehen! — Gerechtigkeit dem Arbeiter, wie dem Bauer, wie dem Gewerbetreibenden gegenüber muss uns das Vereinende finden lassen; bringen wir

soviel innere Grösse nicht auf, über den Graben hinüber uns die Hand zu reichen, dann steht es bitterböse um unser Volk! Ein Verstehen der Arbeiter, der Bauern und Gewerbler wird unsere wirtschaftliche Rettung sein. In unserer Front der lebendigen Arbeit ist mir bedeutend wöhlher, als in der des Gegners, in der sich Kommunisten mit den Herren hinter den «Basler Nachrichten» und der «Neue Zürcher Zeitung» zusammenfinden! Das Merkwürdige dieser Front sollen die Gegner der Kriseninitiative wohl ins Auge fassen. Die Tatsache, wie orientierungslos die Gegner dastehen, zeigt das Beispiel des «Berner Tagblatt», das in ein und derselben Nummer im Kommentar über die Wehrevorlage-Abstimmung schreibt, dank der Gewerkschaften sei sie angenommen, und auf der gleichen Seite den Jungbauern einen Vorwurf daraus macht, dass sie in der Kriseninitiative mit den marxistischen Gewerkschaften zusammengehen. Da hört die Diskussion auf, da fängt das Bedauern an!

Endlich erinnerte er daran, dass derjenige, der die wirkliche Macht hat, stets im Hintergrund bleibt, und dass für ihn vor den Kulissen sich zwei tüchtig bekämpfen: der Arbeiter und der Bauer. Begonnen hat es mit dem Zusammenspannen der Industrie mit der Arbeiterschaft zur Verbilligung der Lebensmittel. Da kam der Preisabbau und dann folgte der Lohnabbau. Heute sollte es so weitergehen. Wir fragen uns aber: Ist dem geholfen, der heruntergefallen ist, wenn der andere auch herunterfällt? Nein, da gibt es nur eines:

Entweder verstehen sich die grossen Träger der Arbeit, oder sie treiben beide dem Abgrund zu!

Die Gewerkschaften haben das begriffen und helfen uns Bauern heute im Kampf um die Haltung der Preise. Wir Jungbauern wollen aber auch den Forderungen der Arbeiter Rechnung tragen und ihnen helfen. Ein gegenseitiges Verstehen ist unsere beiderseitige Rettung. Wir können uns den Luxus nicht mehr leisten, uns zu bekämpfen für den Profit des Mannes «hinter den Kulissen». Dass wir uns in diesem Kampfe um die wirtschaftliche Gerechtigkeit zusammentun, hat nichts mit einer Partei zu tun, es ist die Sache des gesamten arbeitenden Volkes.

Heute sind die Fronten abgesteckt: auf der einen Seite Handels- und Industrieverein — Bundesrat, überhaupt alle die Abbauer; auf der andern Seite das ganze arbeitende Volk, das in seiner Existenz bedroht ist und um den Ertrag seiner Arbeit ringt.

Wer der Heimat wirtschaftliche Erschütterung ersparen will, der helfe uns! Wir haben nicht Geld, nicht die Presse, aber wir haben die Kraft der Jungen!